

Zeiten des Aufbruchs: Die Vorwahlen zur US-Präsidentenwahl 2016 und der Vormarsch der Partei-Außenseiter

Torben Lütjen

1. Ausrutscher oder Zäsur: Die Vorwahlen 2016 und was sie einmal bedeuten könnten

Ausnahmsweise kann man in diesem Fall ohne jeden intellektuellen Skrupel sagen, womit man sonst lieber vorsichtig sein sollte: Die amerikanischen Präsidentenwahlen 2016¹ – und auch oder vielleicht gerade die Vorwahlen in beiden Parteien – werden einmal ein Fall für die Geschichtsbücher sein. Was sie dort allerdings bedeuten werden, ist viel weniger klar: So könnte diese Wahl als große Anomalie firmieren, als Abweichung und abstruser Sonderfall von den üblichen ungeschriebenen Gesetzen US-amerikanischer Wahlkämpfe. Das wäre in etwa die Linie, mit der *Nate Silver*, einer der vielen hochgerühmten und diesmal mit seinen Prognosen ebenfalls erheblich danebenliegenden Beobachter der amerikanischen Politik, dieses Jahr der Verrücktheiten einzuordnen versuchte: „With the exception of the 2016 election“ twitterte *Silver* im Februar 2016, werde im Jahr 2044 sicherlich einer der gängigsten Sätze in politikwissenschaftlichen Dissertationen sein. Nach dieser Interpretation wäre es noch immer eine denkwürdige Wahl – aber sie wäre auch ein kurioser, kaum wiederholbarer Sonderfall, aus dem keine allgemeinen Schlüsse zu ziehen wären.

Vielleicht aber ist der vermeintliche Sonderfall in Wahrheit ein „watershed moment“, ein Wendepunkt und Ereignis, nach dem nichts mehr so ist wie zuvor angenommen. In dieser Interpretation signalisiert der Sieg von *Donald Trump* in den Republikanischen Vorwahlen ebenso wie der (wenngleich unvollendete) Erfolg von *Bernie Sanders* bei den Vorwahlen der Demokraten vielmehr eine Zäsur in der amerikanischen Politikgeschichte: hinsichtlich der Art und Weise der Kandidatenauswahl und der Rolle der Parteien dabei, bezüglich der Art der Kommunikation zwischen Politikern und ihren Wählern sowie im Blick auf eine grundlegende Verschiebung der jeweiligen Wählerkoalitionen – von amerikanischen Politologen als „Realignment“ bezeichnet.²

Natürlich ist es zu früh, um zu erkennen, was die Wahl von 2016 in der langen Frist einmal bedeuten wird.³ Und doch ist es hilfreich, mit dem folgenden und angesichts der Breite des Themas relativ kurzen, essayistischen Parforceritt durch die Primaries 2016 zumindest den Versuch zu unternehmen, die fraglosen Unvergleichlichkeiten des Wahlkampfes von jenen längerfristig angelegten gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen zu unterscheiden, die vielleicht tatsächlich eine Neuinterpretation der amerikanischen Politik und ihrer Wahlkämpfe nötig machen.

1 Vgl. die Analyse von *Bernhard Kornelius* in diesem Heft der ZParl.

2 Vgl. *Arthur Paulson*, *Realignment and Party Revival. Understanding American Electoral Politics at the Turn of the Twenty-First Century*, Westport 2000.

3 Vgl. *Byron E. Shafer / Regina L. Wagner*, *Modern Eras and Alternative Futures: The American Elections of 2016 in the Longest Run*, in: *The Forum*, 14. Jg. (2016), H. 4, S. 399 – 413.

2. Grundannahmen amerikanischer Vorwahlkämpfe

(1) „The Party Decides.“

Vielleicht hätte der Erfolg *Donald Trumps* in den Vorwahlen die amerikanischen Politologen noch vor 30 Jahren etwas weniger überrascht, denn mindestens bis in die 1990er Jahre hinein dominierte eine kandidatenzentrierte Sichtweise auf amerikanische Wahlkämpfe: Die entscheidenden Figuren waren demnach die Kandidaten selbst; sie trafen alle wichtigen Entscheidungen, sammelten die Gelder ein, bestimmten die Botschaft, und ihr Charisma schließlich war es, das über den Ausgang entschied. Seitdem Kandidaten in Vorwahlen ausgewählt werden, so galt es, sei die frühere Macht der „Parteibosse“ vollständig erodiert. Der Ausgang innerparteilicher Vorwahlen werde nicht länger in den sprichwörtlichen rauchgeschwängerten Hinterzimmern durch klandestine Absprachen entschieden, sondern in einem Kräfteressen autonomer Kandidaten und ihrer Teams – während die Parteien allenfalls als Schiedsrichter fungierten, die die Regeln festlegten und ihre Einhaltung überwachten.⁴ Und natürlich fügte sich das alles in den Interpretationsrahmen dieser Jahre ein, demzufolge die Bedeutung der amerikanischen Parteien generell stark abgenommen hatte.⁵

Mit der Revitalisierung der Parteien – sowohl in Bezug auf ihre Verankerung in der Wählerschaft als auch als politische Organisationen – veränderte sich abermals der Blick auf die Realität der Vorwahlkämpfe. Es verfestigte sich zunehmend die Ansicht, dass die amerikanischen Parteien womöglich doch einen sehr viel größeren Einfluss auf die Kandidatenauswahl hatten als angenommen – zumindest dann, wenn man als „Partei“ ein weit verzweigtes, aber informelles und organisatorisch nur lose verkoppeltes Netzwerk definierte, zu dem die kleine Schar von Parteifunktionären genauso gehörte wie gewählte Mandatsträger, Wahlkampfmanager, die Vertreter wichtiger Interessengruppen, einflussreiche Partei-Aktivist*innen, Experten parteinaher Think Tanks und andere parteinahe Organisationen.⁶ Am prominentesten kam der neue Konsens im Buch „The Party Decides“ von *Marty Cohen* und anderen aus dem Jahr 2008 zum Ausdruck.⁷ 2016 sollte das Buch schon eine beinahe traurige Berühmtheit erlangen, denn es musste ständig als Beispiel herhalten für ein in Wirklichkeit ja kollektives Versagen der amerikanischen Politikwissenschaft. *Cohen* u.a. hatten die These von der Wichtigkeit der Parteien bei der Kandidatenauswahl nur noch

4 Vgl. *Martin P. Wattenberg*, *The Rise of Candidate-Centered Politics: Presidential Elections of the 1980s*, Harvard 1991; *John H. Aldrich*, *Why Parties? The Origin and Transformation of Political Parties in America*, Chicago 1995; *William J. Crotty*, *The Party Game*, New York 1985; *Michael G. Hagen* / *William G. Mayer*, *The Modern Politics of Presidential Selection: How Changing the Rules Really Did Change the Game*, in: *William G. Mayer* (Hrsg.), *In Pursuit of the White House: How we Choose our Presidential Nominee*, New York 2000, S. 1 – 55.

5 Vgl. *David S. Broder*, *The Party's Over – The Failure of Politics in America*, New York 1972; *William J. Crotty*, *American Parties in Decline*, Boston 1980.

6 Vgl. *Maik Bohne*, *Vibrant Spaces. Dynamik und Struktur von Parteiräumen in US-amerikanischen Wahlkämpfen*, Opladen 2011; *Jonathan H. Bernstein*, *The Expanded Party in American Politics*, Dissertation, Berkeley 1999; *Gregory Koger* / *Seth Maskett* / *Hans Noel*, *Partisan Webs: Information Exchange and Party Networks*, in: *British Journal of Political Science*, 39. Jg. (2009), H. 3, S. 633 – 653. Vgl. auch den Aufsatz von *Josef Braml* in diesem Heft der ZParl.

7 Vgl. *Marty Cohen* / *David Karol* / *Hans Noel* / *John Zaller*, *The Party Decides: Presidential Nominations Before and After Reform*, Chicago 2009.

einmal radikal zugespitzt: Sie gingen davon aus, dass es lange vor der ersten Vorwahl, während der so genannten „invisible primary“, zu einem Abstimmungsprozess unter den Parteieliten komme, aus dem dann ein allgemein akzeptierter Kandidat hervorginge. Dieser würde sodann die meiste öffentliche Unterstützung („endorsements“) erhalten, von parteinahen Medien unterstützt werden und schließlich auch die meisten Spendengelder erhalten. Gegen diese informelle Koordinierung eines Parteiestablishments hätten Herausforderer kaum eine Chance – so dass sich, und dafür konnte das Buch aus der jüngeren amerikanischen Geschichte gute Belege liefern, am Ende eben die Vertreter jenes Establishments durchsetzen.

- (2) Die sozialen Medien sind wichtig, aber sie verändern nicht die Grundregeln der Wahlkampfführung. Wichtig bleibt das „ground game“.

Seit dem Aufkommen des Internets sind unzählige Artikel darüber geschrieben worden, inwiefern sich auch die politische Kommunikation revolutionieren werde. Doch wenn gleich niemand in Zweifel ziehen kann, dass sich die Möglichkeiten der Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern damit beträchtlich erweitert haben und viel raschere Mobilisierungseffekte erzielt werden können: Die „analoge“ Wahlkampfführung blieb wichtig. Selbst bei *Barack Obamas* gewiss epochaler Wahlkampagne von 2008 stand stets die Erweiterung des Werkzeugkastens eines ansonsten noch klassischen Wahlkampfes im Mittelpunkt; es ging darum, besser und schneller zu koordinieren, Aktivisten besser miteinander zu vernetzen, ihnen überdies über die sozialen Medien in Echtzeit das Gefühl zu geben, ein essentieller Bestandteil der Kampagne zu sein. Aber das alles waren vor allem Instrumente, um die tatsächliche Interaktion zwischen der *Obama*-Bewegung und den Wählern zu stärken. Wichtig blieb daher auch weiterhin die Organisationsfähigkeit auf lokaler Ebene mit einer möglichst großen Zahl von freiwilligen enthusiastischen Helfern, die an möglichst viele Türen klopfen – das, was man gemeinhin als „ground game“ bezeichnet.⁸ Und auch das Fernsehen blieb wichtig, gerade in Zeiten extremer Polarisierung, da durch die ideologische Segmentierung des Medienmarktes Teilöffentlichkeiten entstanden waren, in denen die Anhänger beider Parteien ihre Konflikte austrugen und lösten.

- (3) Im Zeitalter der Polarisierung zählt sich die Treue eines Kandidaten zur ideologischen Orthodoxie seiner Partei aus.

Bei Republikanern wie Demokraten gewannen in den letzten Jahren nicht unbedingt die größten ideologischen Überzeugungstäter. Stets gab es – bei den Republikanern noch viel häufiger – Kandidaten, die am äußersten Rand des ideologischen Spektrums der eigenen Partei operierten und damit zwar eine treue Kernanhängerschaft um sich scharten, jedoch nie zur Mehrheitsfähigkeit gelangten. Dennoch hat die scharfe Polarisierung der letzten

8 Seth E. Masket, Did Obama's Ground Game Matter? The Influence of Local Field Offices During the 2008 Presidential Election, in: Public Opinion Quarterly, 73. Jg. (2009), H. 5, S. 1023 – 1039.

drei Jahrzehnte in beiden Parteien sehr klare weltanschauliche Orthodoxien hervorgebracht. Es gab eindeutige Kataloge von Sachpositionen, die zu beziehen waren, wenn man das Plazet der Parteibasis erhalten wollte. Keinesfalls also erschien es ratsam, Einstellungen zu vertreten, die nicht zu den Kernbeständen der inoffiziellen Parteiprogrammatik gehörten.

3. *One out of many: Trumps Sieg in den Republikanischen Vorwahlen und der Zusammenbruch des amerikanischen Konservativismus*

Die Antwort auf die Frage, welche Art von Kandidat eigentlich hätte reüssieren müssen, wenn diese drei zentralen Grundannahmen zutreffend gewesen wären, ist nicht schwer, und sie erklärt, warum so viele mit so viel Sicherheit auf das falsche Pferd setzten: *Jeb Bush*. Der Sohn des 41. und Bruder des 43. Präsidenten der USA war in Partei und Bewegung gut vernetzt, wusste zahlreiche der finanziell potentesten Spender der Republikaner auf seiner Seite⁹ und galt seit seiner Zeit als Gouverneur von Florida als harter, zuverlässiger Konservativer. Er wurde auf allen wichtigen Feldern als „*Reagan Republican*“ wahrgenommen und vertrat die konservative Trias: niedrigere Steuern und weniger Staat, eine starke religiös fundierte traditionelle Sozialmoral und eine interventionistische Außenpolitik, die auf dem Glauben an den „*American exceptionalism*“ beruhte. *Bush* war wahrscheinlich bereits etwas weniger favorisiert, als dies bei *John McCain* 2008 und *Mitt Romney* 2012 der Fall gewesen war, da für jedermann sichtbar war, wie weit verbreitet die Anti-Establishment-Stimmung war und es daher nie unmöglich erschien, dass nicht doch jemand von noch weiter rechts den Durchmarsch schaffen würde. Dennoch sah es so aus, dass an *Jeb Bush*, als er am 15. Juni 2015 in Miami seine Kandidatur bekanntgab, kaum ein Weg vorbeiführte.¹⁰

Schon gar nicht schien ihm jener Mann die Sache streitig machen zu können, der genau einen Tag später, allerdings tausend Meilen weiter nördlich, im Trump Tower in New York City, seine Kandidatur anmeldete. Es kann angesichts des Ausgangs schnell in Vergessenheit geraten, dass viele Beobachter innerhalb und außerhalb des amerikanischen Konservativismus im Vorfeld der Republikanischen Vorwahlen der Meinung waren, dass es selten ein so starkes Bewerberfeld gegeben habe.¹¹ Auf jeden Fall war es ein großes Feld von zunächst 17 Kandidaten – so viele, dass die 16 Herren und eine Dame bei den Debatten nicht zusammen auf ein Podium passten und die übertragenden Sender sie in eine erste und zweite Gruppe teilen mussten, was den Betroffenen in der zweiten Gruppe nicht weiterhalf. Die Bewerber deckten das gesamte Spektrum der Republikanischen Partei ab – die sich allerdings weltanschaulich über die Jahrzehnte stark homogenisiert und ideologisch verhärtet hatte. Jene Kandidaten, denen im Vorfeld größere Chancen zugerechnet worden

9 Vgl. *Eli Stokols*, Jeb's Shock-and-Awe Number, in: Politico.com 9. Juli 2015, <http://www.politico.com/story/2015/07/jeb-bush-2016-fundraising-11-million-in-16-days-119908> (Abruf am 25. Mai 2017).

10 Vgl. *Robert Costa*, Donald Trump and a GOP Race Like No Other, in: *Larry Sabato / Kyle Kondik / Geoffrey Skelley* (Hrsg.), *Trumped. The 2016 Election that Broke all the Rules*, Lanham 2017, S. 97 – 111.

11 Vgl. *Ezra Klein*, This Was Supposed to Be the Strongest GOP Field in Decades. Yet Donald Trump Is Leading it, in: Vox.com vom 5. August 2015, <https://www.vox.com/2015/8/5/9100171/donald-trump-gop> (Abruf am 6. Juni 2017).

waren und die außerdem für eine bestimmte Strömung innerhalb der Bewegung standen, lassen sich wie folgt einordnen:

Zu den Bewerbern, die sich von Anfang an auf allen Politikfeldern als konservative, puristischere Alternative zu *Jeb Bush* aufbauten, gehörte der Gouverneur von Wisconsin, *Scott Walker*, der auf dem Papier alle Vorgaben zu erfüllen schien (streng konservativ, aber als Gouverneur von Wisconsin ein Mann der Exekutive und daher mit realer Politik beschäftigt). Aber schon nach der ersten Fernsehdebatte zeigte sich, dass er nicht bereit war für die nationale „prime time“. Er stieg noch vor der ersten Vorwahl aus. Noch weiter rechts stand der texanische Senator *Ted Cruz*, der tatsächlich lange um die Nominierung kämpfte und *Trump*s energischster Widersacher wurde. Wie kein anderer stand *Cruz*, der 2010 durch die Mobilisierung der Tea Party aufgestiegen war, für die totale Obstruktionspolitik im US-Kongress¹², die sich nicht nur gegen die Regierung *Barack Obamas* richtete, sondern auch den Anführern der Republikaner in Senat und Repräsentantenhaus das Leben zunehmend schwer machte, da jedes potentielle Zugehen auf die Gegenseite als Verrat an heiligen Prinzipien interpretiert wurde. Mehr noch: *Cruz* inszenierte sich als Stimme des Widerstandes gegen das so genannte Partei-Establishment – so genannt, weil es sich dabei eigentlich um einen Kampfbegriff handelt, der in innerparteilichen Auseinandersetzungen dem Gegner angeheftet wurde, dessen Bedeutung aber durch inflationäre Verwendung diffus geworden war. Im Grunde hatte *Cruz* also durchaus richtig antizipiert, wie stark die Anti-Establishment-Stimmung unter Republikanischen Anhängern war; was er nicht ahnte, war, wie schier grenzenlos die Möglichkeiten der verbalen Entgrenzung dadurch wurden.

Wie diffus das Establishment-Label war, zeigte sich am besten an *Marco Rubio*, dem jungen Senator aus Florida. Auch er war 2010 auf der Tea Party-Welle nach Washington gespült worden und galt dort als besonders scharfer Kritiker der Regierung und Hoffnungsträger des konservativen Flügels seiner Partei. Nach beinahe sechs Jahren einer fortschreitenden Radikalisierung der Republikaner, war allerdings längst nicht mehr so klar, ob *Rubio* wirklich noch zu den jungen Wilden oder schon zum alteingesessenen Führungszirkel gehörte. Dabei blieb er nach allen nur denkbaren Kriterien ein Konservativer; aber er hatte sich bisweilen auch im Bereich realer Politik bewegt, etwa versucht, mit den Demokraten einen Kompromiss in der Einwanderungsreform zu finden. Das allein reichte schon, um ihn verdächtig zu machen. In den Vorwahlen versuchte *Rubio*, einerseits Kandidat des Establishment-Lagers zu sein, also quasi *Jeb Bush* das Territorium streitig zu machen, andererseits aber auch für konservative Bewegungsaktivisten wählbar zu bleiben.

Unter den Kandidaten, die stärker ein bestimmtes Segment der Republikanischen Wählerbasis in den Blick nahmen, stechen jene drei hervor, die die traditionell wichtige Wählergruppe konservativer Protestanten für sich gewinnen wollten: der Baptistenprediger *Mike Huckabee*, der schon 2008 erfolglos angetreten war, „*Rick*“ *Santorum*, der in dieser Gruppe 2012 einige Erfolge erzielen konnte, oder auch der afroamerikanische Gehirnchirurg *Ben Carson*, der so tief und ausgiebig wie kein anderer in die Abgründe der paranoiden amerikanischen Rechten tauchte.

Auch ist noch *Rand Paul* zu nennen, der radikal-libertäre Senator aus Kentucky, der allerdings anders als sein Vater *Ron Paul*, im Laufe der Jahre auch bei vielen anderen Fragen klassisch-konservative Positionen im Sinne der Republikanischen Partei bezogen hatte.

12 Vgl. zur Zusammensetzung des aktuellen 115. Kongresses den Beitrag von *Michael Kolkman* in diesem Heft der ZParl.

Dennoch galt er weiterhin als Repräsentant jener Republikaner, die meinten, der Staat solle sich am besten aus allem so gut es ging heraushalten. Eine Sonderstellung im Bewerberfeld nahm außerdem *John Kasich*, der Gouverneur von Ohio, ein. Er repräsentierte, zumindest zum Teil, das, was noch übrig war vom moderaten Teil der Partei und war Vertreter eines Konservatismus, der bei den Republikanern längst marginalisiert war.

So erwarteten alle, dass es zu einer dramaturgischen Wiederaufführung der letzten Vorwahlen kommen werde: ein Establishment-Kandidat, der sich einer diversen Zahl von Herausforderern gegenüber sah, die meinten, für die „true believer“ des amerikanischen Konservatismus einzustehen. Sie alle würden einmal kurz die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, dann jedoch wahrscheinlich einer nach dem anderen vor der überlegenen Organisation und den finanziellen Mitteln des „front-runners“ kapitulieren.¹³ Einige Beobachter meinten auch, dass dieses Mal die Zeit vielleicht reif sei für einen „echten“ Bewegungskonservativen wie *Ted Cruz*, da überdeutlich war, wie sehr die Parteibasis auf einen besonders harten, konfrontativen Wahlkampf gegen die Demokraten zielte.

Bekanntlich passierte dann jedoch weder das eine noch das andere. Stattdessen durchkreuzte *Donald Joseph Trump* alle angedachten Szenarien und zerstörte die Logik, die in den letzten circa zwei Jahrzehnten den Ausgang der Republikanischen Vorwahlen bestimmt hatte. *Trump* galt nicht als Konservativer. Er war als Demokrat registriert gewesen, hatte in der Vergangenheit an Kandidaten beider Parteien gespendet und bei einigen Fragen, etwa beim Thema Abtreibung, liberale Positionen eingenommen. Erst als er 2011 zu einem der prominentesten „Birther“ im Land wurde, also öffentlich dran zweifelte, dass *Barack Obama* in den USA geboren war, gelang ihm der Anschluss an die konservative Bewegung. Als Phänomen ist *Trump* zu groß, zu verstörend, um seinen surrealen Aufstieg vollständig erklären zu können. Hier sollen alle sozio-psychologischen und auch makrosoziologischen Erklärungsversuche unterbleiben – nicht, weil sie nicht wichtig wären, sondern weil bereits genügend darüber geschrieben wurde, was der Aufstieg einer solchen Figur für die Verfasstheit liberaler Demokratien bedeutet.¹⁴ Aber im Kontext bisheriger Republikanischer Vorwahlen stechen eine Reihe von Besonderheiten hervor. Vor allem machte *Trump* alle zuvor genannten Grundannahmen hinfällig: Ganz gewiss war er nicht der Favorit der Parteiführung; er brauchte keine Organisation, sondern nur ein Mobiltelefon, um seine Kampagne zu orchestrieren; und ohne jeden Zweifel wusste jedermann, dass er ideologisch eher unzuverlässig war.

Bevor man *Trumps* Erfolg zum Paradigmenwechsel erklärt, sind da einige sehr spezifische Sonderfaktoren zu bedenken: So banal wie wahr ist die Tatsache, dass das Bewerberfeld extrem groß war. *Trump* sprach zunächst nur einen sehr spezifischen Teil des republikanischen Vorwahlelektorats an, dessen Profil oft genug von den Medien umrissen wurde: einen nicht unbeträchtlichen Teil der weißen Arbeiterklasse. Hingegen stritten sich seine

13 Vgl. zu den Republikanischen Vorwahlen 2012 auch *Robert Matschoß / Torben Lütjen*, Das Establishment schlägt zurück? Die Präsidentschaftsvorwahlen der Republikaner im Jahr 2012, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 1, S. 22 – 38.

14 Vgl. *Völker Weiß*, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017; *Jan-Werner Müller*, Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016; *John B. Judis*, The Populist Explosion: How the Great Recession Transformed American and European Politics, New York 2016; *Edward Luce*, The Retreat of Western Liberalism, New York 2017; *Heinrich Geiselberger*, Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin 2017.

Konkurrenten wie *Bush*, *Rubio* oder auch *Cruz* um die Republikaner mit College-Abschluss.¹⁵ Bei Vorwählern ohne College-Abschluss lag *Trump* seit dem Herbst 2015, als seine Kampagne begann Fahrt aufzunehmen, mit knapp einem Drittel der Stimmen klar vorn – genug um in einem großen Feld schnell zum Favoriten aufzusteigen, aber kaum die Art von Vorsprung, die Dominanz signalisiert. Hinzu kam, dass anfangs die Vorbehalte gegen *Trump* jenseits seiner Kernanhängerschaft enorm waren. Im Juni 2015, kurz nach dem Start seiner Kampagne, gaben 66 Prozent der Republikaner an, sich nicht vorstellen zu können, für ihn zu stimmen. Auch danach blieb die Ablehnung zum Teil massiv: Selbst im April 2016, als die Nominierung bereits auf *Trump* zuzulaufen schien, blieben 38 Prozent bei ihrer ablehnenden Haltung.¹⁶ Erst später, gewiss Resultat der extremen Polarisierung zwischen den politischen Lagern, schlossen sich die Reihen.

Kurz gesagt: Hätte es den einen, allgemein akzeptierten Establishment-Kandidaten gegeben und hätte sich das Bewerberfeld vor der ersten Vorwahl noch ausgedünnt, hätte *Trump*s auch innerhalb der Partei polarisierende Art wahrscheinlich genügend Widerstand erfahren, um rascher einen allgemein akzeptierten Gegenkandidaten hervorzubringen. So etwa lautet auch das Argument jener, die *Trump*s Sieg eher für einen Ausrutscher denn für einen Paradigmenwechsel halten und die glauben, dass unter normalen Bedingungen die Grundannahme „The Party Decides“ nach wie vor gültig ist, man zumindest die Entwicklung abwarten müsse, bevor solche weitreichenden Schlüsse gezogen werden.¹⁷

Und doch spricht einiges auch dafür, dass *Trump*s Nominierung gezeigt hat, wie fragwürdig einige der bisherigen Annahmen geworden waren, wie brüchig manche der Parteistrukturen. Dazu gehört besonders die Veränderung des ziemlich homogenen, autarken und deutungsmächtigen Kommunikationskosmos der Bewegung. Weder Fox News, wo jedenfalls zunächst die Skepsis gegenüber *Trump* groß war, noch die ehemals einflussreichen Intellektuellen-Blätter wie der „National Review“, wo *Trump*s wohl bissigste Kritiker saßen, konnten ihn aufhalten. Sie hatten offensichtlich die Deutungshoheit verloren. Er umschiffte sie durch Twitter und seine durch Tabubrüche gesicherte permanente Präsenz im Fernsehen.

*Trump*s Kampagnenorganisation hingegen blieb praktisch die gesamte Zeit des Wahlkampfes hinweg rudimentär.¹⁸ Kandidaten wie *Ted Cruz* kommandierten ein sehr viel größeres Heer an Freiwilligen und hatten sich weitaus intensiver auch mit den lokalen Strukturen der Partei verwoben. Nichts davon aber schien eine Rolle zu spielen. *Trump* gab weniger Geld aus als die meisten seiner Konkurrenten, aber die geradezu reflexhafte

15 Vgl. *Philip Bump*, Why Donald Trump's Big Advantage Among those Without College Degrees is Important, in: The Washington Post online vom 4. Dezember 2015, https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2015/12/04/why-trumps-big-advantage-among-those-without-college-degrees-is-important/?utm_term=.4faa42103f4e (Abruf am 25. Mai 2017).

16 Vgl. *Benjy Sarlin* / *Sam Petulla*, Trump. An Inside Look at the Voters who Took over the Republican Party, in: NBC News vom 20. Juni 2016, <http://www.nbcnews.com/specials/donald-trump-republican-party> (Abruf am 25. Mai 2017).

17 Vgl. bereits aus dem November 2015 die Verteidigung der These durch einen ihrer Urheber: *David Karol*, No, Donald Trump's Candidacy Doesn't Mean That Presidential Nominations Are Completely Different Now, in: Washington Post online vom 23. November 2015, https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2015/11/23/no-donald-trumps-candidacy-isnt-a-sign-that-party-nomination-contests-are-completely-different-now/?utm_term=.071d76afe71d (Abruf am 6. Juni 2017).

18 Vgl. *Robert Costa*, a.a.O. (Fn. 10).

Schnappatmung, die die Fernsehsender und sonstigen amerikanischen Medien bei seinen Tweets überfiel, sicherte ihm eine mediale Präsenz, die viele Millionen Dollar wert war.

Trump hatte im Grunde also gegen eine über Jahre gewachsene informelle Parteistruktur seinen Sieg errungen. Auch andere Parameter politischen Erfolges hatten sich verschoben oder hatten ihre Wichtigkeit offensichtlich eingebüßt. So glaubten etwa erfahrene Interpreten der amerikanischen Politik kaum an *Trumps* Erfolgsaussichten, weil es zweifelhaft erschien, dass er im wichtigen Segment evangelikaler Wähler auch nur einen Fuß in die Tür bekommen würde; als mehrfach geschiedener New Yorker Playboy, Casinobesitzer, Bibelunkundiger und moralisch gewiss in jeder Hinsicht zweifelhafter Zeitgenosse schien er hier wenig Anziehungskraft zu besitzen. Doch abgesehen davon, dass aus dem Kandidatenfeld kein eindeutiger Favorit hervorging, sich viele dieser Wähler vielmehr zwischen *Ted Cruz*, *Ben Carson*, *Mike Huckabee* und *Rick Santorum* aufteilten, konservative Protestanten in der Vergangenheit ohnehin nicht mit einer Stimme gesprochen hatten, fühlten sich einige Evangelikale rätselhafterweise auch zu *Trump* hingezogen, der in diesen Gruppen nicht sehr viel schlechter als in anderen abschnitt. Schon bevor er im Januar 2016 von einer der militantesten Stimmen in Amerikas „culture war“, dem Rektor der christlichen Liberty University *Jerry Falwell Jr.*, seine Unterstützung zugesagt bekam, galt er hier einigen als Hoffnungsträger. Dabei machte man sich über seine religiöse Tiefe keine großen Illusionen, behalf sich einfach irgendwie mit der Losung, dass die Menschen nun einmal alle kleine Sünder seien (nur dass der Sünder *Trump* keinen Anflug von Reue zeigte). Im Grunde herrschte in diesen Kreisen nach vielen Jahrzehnten eines verlorenen Kampfes gegen die moderne, säkulare Gesellschaft eine resignative Stimmung vor, denn selbst ein bibelfester Protestant wie *George W. Bush* hatte letztlich den Liberalisierungstendenzen in der amerikanischen Gesellschaft nichts entgegensetzen können. *Trump* stand wenigstens wie kein anderer für eine aggressive, weiße Identitätspolitik – und dafür war auch ein Teil der evangelikalen Christen empfänglich.¹⁹

2016 zeigte sich auch, dass der Konflikt zwischen dem Establishment und einem vermeintlich radikalisierten Flügel wohl in Wahrheit nicht mehr entlang ideologischer Frontlinien verlief. Die Republikaner hatten sich bereits in der Prä-*Trump*-Ära weltanschaulich homogenisiert; tatsächlich waren die ideologischen Unterschiede zwischen dem Establishment-Republikaner *Jeb Bush* und dem Tea Party-Liebling *Ted Cruz* zu vernachlässigen. Der eigentliche Konflikt war anders strukturiert und drehte sich eher um die Frage, inwiefern es überhaupt noch um reale Politik ging, um den Kampf um Macht und Regierungsverantwortung, wofür in der Politik stets auch Kompromisse notwendig sind und ein Abrücken von den eigenen Prinzipien – oder darum, Politik eher als expressive Protestveranstaltung zur Identitätsstärkung zu benutzen.²⁰ Für viele musste es verblüffend sein, dass im Zeitalter der ideologischen Polarisierung ein Mann ohne besonders viele weltanschauliche Grundsätze so weit nach vorn gelangen konnte, noch dazu in einer Partei, in der bis dahin fanatisch auf die Reinheit der ideologischen Überzeugung von Kandidaten geachtet worden war. Aber *Trumps* Erfolg gab allen recht, die Amerikas tiefe Spaltung eher als Resultat einer „af-

19 Vgl. *Torben Lütjen*, Partei der Extreme: Die Republikaner. Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus, Bielefeld 2016.

20 Vgl. *Hans Noel*, Ideological Factions in the Republican and Democratic Parties, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 667. Jg. (2016), H. 1, S. 166 – 188.

fektiven“ Polarisierung²¹ interpretiert hatten: Dabei ging es nicht so sehr um inhaltliche Differenzen, nicht um weltanschauliche kohärente Positionen, sondern um eine starke, emotionale Ablehnung der Gegenseite – wie der Kampf zweier verfeindeter Stämme, die den ursprünglichen Konfliktgrund längst vergessen und den Hass auf die Gegner zum Selbstzweck erhoben haben. *Trump* war weltanschaulich in vielen Fragen beliebig; aber niemand war so virtuos darin, die Demokraten und *Hillary Clinton* zu verunglimpfen, und nichts liebten seine Anhänger mehr als das. Mit *Trumps* sich stetig steigenden Eskalationsstufen und Tabubrüchen konnte selbst in diesem Kandidatenfeld geübter Regelverletzer schließlich niemand mehr mithalten.

An zumindest einem Punkt war *Trumps* Aufstieg dennoch nicht allein der Triumph einer nur verbalen Eskalation, sondern hing ursächlich mit einem bis dato blinden Fleck der Republikanischen Programmatik zusammen: der Handelspolitik. Dass die Republikaner über Jahrzehnte überzeugte Verfechter des globalen Freihandels waren, machte angesichts ihrer neoliberalen Programmatik natürlich Sinn. Mit der zunehmenden „Proletarisierung“ der Partei – der immer größeren Einverleibung der weißen Arbeiterklasse – war aber schon erstaunlich, dass sich nicht bereits früher Widerstand gegen die eher unschönen Seiten der Globalisierung geregt hatte. Seit Jahrzehnten hatten konservative Politiker mit gesellschaftspolitischen Themen versucht, dieses Wählersegment den Demokraten abspenstig zu machen. Das war erfolgreich gewesen, nur hatte man damit die eigene Parteikoalition um eine Gruppe erweitert, die in dieser Hinsicht jedenfalls kaum von den Segnungen freier, grenzenloser Märkte überzeugt war, da der Prozess der De-Industrialisierung besonders gnadenlose Verheerungen in früher prosperierenden Industrieregionen hinterlassen hatte. *Trump* beziehungsweise seinen Beratern aber war der Unmut über die nach China und Mexiko abgewanderten Fabriken nicht entgangen, und er setzte so ein Thema auf die Agenda, das von anderen Bewerbern – auch von jenen, die ansonsten eine ebenfalls eindeutig populistische Ansprache wählten – nicht besetzt worden war. Jeder Versuch, diese Lücken zu schließen, war vergebens – *Trump* hatte das Feld längst okkupiert und hatte damit, wie es im Jargon der Politikwissenschaft heißt, „issue-ownership“ errungen.

Wie gesagt: *Trumps* Sieg war kein triumphaler Durchmarsch. Fast bis Ende 2015 hatten die Umfrageergebnisse stark fluktuert. Kurzzeitig führten Kandidaten, die später keine Rolle mehr spielen sollten wie *Ben Carson* und *Scott Walker*. Anfang 2016, gut einen Monat vor den ersten Vorwahlen, hatte sich das Feld jedoch bereits ziemlich gelichtet; so wurde schon relativ deutlich, dass *Jeb Bushs* Kampagne kein Erfolg beschieden sein würde. Vorn lagen zu diesem Zeitpunkt *Marco Rubio*, *Ted Cruz* und *Donald Trump*; und der New Yorker Immobilienmagnat und Reality-TV-Star besaß seit Ende 2015 einen Vorsprung in den landesweiten Umfragen, den er nicht mehr abgeben sollte. In Iowa, bei der ersten Vorwahl am 1. Februar 2016, gewann allerdings *Ted Cruz*, der den Hawkeye State wie kein anderer beackert hatte. Außerdem gab es dort einen hohen Anteil an Evangelikalen, unter denen *Cruz* viele Anhänger besaß.

Aufgrund seiner Popularität bei einer spezifischen Gruppe war nicht verwunderlich, dass *Trump* die nächste Vorwahl in New Hampshire am 9. Februar für sich verbuchte. Richtungsweisend aber war der folgende Sieg in South Carolina anderthalb Wochen später, weil er andeutete, dass *Trump* auch in der konservativsten und religiösesten Region der USA

21 Vgl. *Iyengar Shanto* / *Gaurav Sood* / *Yphtach Lelkes*, Affect, Not Ideology: A Social Identity Perspective on Polarization, in: *Public Opinion Quarterly*, 76. Jg. (2012), H. 3, S. 405 – 431.

dominierte. Tatsächlich gewann er später alle Staaten auf dem Gebiet der alten Konföderation. Dort sahen in ihm viele den legitimen Nachfolger von *George Wallace*, der wie kein anderer amerikanischer Politiker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Verkörperung einer spezifisch amerikanischen Variante des Rechtspopulismus gelten kann.²²

Am 15. März gelang *Trump* ein wichtiger Durchbruch, als er sich an einem Super-Tuesday die Nominierung in mehreren wichtigen Staaten sicherte. Darunter war auch Florida – der Heimatstaat von *Marco Rubio*. Dieser verließ daraufhin den Wettbewerb; übrig blieben nur noch *Trump*, *Cruz* und *John Kasich*, der allerdings kaum noch realistische Siegchancen besaß. Womöglich wäre jetzt der Zeitpunkt gekommen, dass sich die noch immer große Zahl skeptischer Republikaner hinter dem Alternativkandidaten versammelt hätten – aber *Cruz* selbst war in der Partei regelrecht verhasst, und viele moderate Republikaner standen ihm ähnlich ablehnend gegenüber wie *Trump*. Dort wo der Bewegungskonservatismus besonders stark war, in Texas etwa, seinem Heimatstaat, oder auch in Wisconsin, erzielte *Cruz* noch einige Achtungserfolge, aber mathematisch hatte *Trump* bereits im April einen fast uneinholbaren Vorsprung. Nachdem er die Vorwahl in Indiana am 3. Mai gewonnen hatte, beendete *Cruz* seine Wahlkampagne. Schon allein dieses Timing hätte niemand für möglich gehalten: Während *Trump* damit bereits Anfang Mai die Nominierung der Republikaner gesichert hatte, steckte *Hillary Clinton* noch immer mitten im Abwehrkampf gegen *Bernie Sanders*. *Trump* hatte zudem einen Rekord geknackt: 14 Millionen Amerikaner hatten in den Vorwahlen für ihn gestimmt – so viele wie noch kein Republikaner vor ihm in der parteiinternen Vorausscheidung gewinnen konnte. Dies sprach dafür, dass es ihm trotz vorhandener Bedenken bei vielen traditionellen Republikanern gelungen war, über den Kreis der normalen Parteiunterstützer hinaus Wähler zu mobilisieren.

4. *Die abgeblasene Revolution: Wie Hillary Clinton sich in den Demokratischen Vorwahlen gegen Bernie Sanders durchsetzte*

Auf den ersten Blick mochte die Vorwahl der Demokraten etwas unspektakulärer verlaufen, aber das musste zwangsläufig wohl für jede Wahl gelten, in der *Donald Trump* nicht kandidierte. Hier jedenfalls setzte sich die Favoritin am Ende durch. Und trotz der Heftigkeit der Auseinandersetzung schien es zumindest am Ende der Vorwahlen so, als würde die Partei noch immer halbwegs intakt in den Hauptwahlkampf einziehen; heute allerdings wissen wir, dass der Wahlkampf zwischen *Clinton* und *Sanders* vielleicht doch Gräben in der Partei vertiefte, die für einige der Mobilisierungsprobleme in der späteren Präsidentschaftskampagne *Clintons* verantwortlich waren.

Das Kandidatenfeld ist schnell beschrieben: Außer *Hillary Clinton*, First Lady von 1993 bis 2001, Außenministerin von 2009 bis 2013 und davor acht Jahre Senatorin von New York, und dem Senator von Vermont, *Bernie Sanders*, hatte keiner der anderen vier Kandidaten auch nur die geringste Chance oder besaß überhaupt irgendein „Momentum“ in der Vorwahl. Der Gouverneur von Rhode Island *Lincoln Chafee*, der Senator von Virginia *Jim Webb* – einer der wenigen verbliebenen moderaten Demokraten in der Partei – und der Harvard-Jura-Professor *Lawrence Lessig* lagen in den Umfragen im niedrigen einstelligen

22 Vgl. *Torben Lütjen*, a.a.O. (Fn. 19), S. 53 ff.

Bereich. Sie zogen bereits Monate vor der ersten Vorwahl die Konsequenzen und gaben auf. Nur unwesentlich besser schlug sich *Martin O'Malley*, der Gouverneur von Maryland, der erst nach der ersten Vorwahl in Iowa ebenfalls die Segel strich.

So lief also alles sehr früh auf die Auseinandersetzung von *Hillary Clinton* gegen *Bernie Sanders* hinaus. Die Dramaturgie war dabei von Anfang an klar, die Kontraste äußerst scharf: Hier mit *Clinton* die Verkörperung des Partei-Establishments und in weltanschaulicher Hinsicht die Vertreterin des demokratischen Zentrismus – dort *Bernie Sanders*, selbst erklärter „Sozialist“, der erst für diese Vorwahlen zum Demokraten geworden war, davor als Unabhängiger seit 1991 den Bundesstaat Vermont im US-Kongress (seit 2007 als Senator) vertreten hatte. *Sanders* ist fraglos eine ungewöhnliche Figur in der amerikanischen Politik: Das höchste Amt, das zuvor ein selbsterklärter Sozialist in den USA errungen hatte, war das des Bürgermeisters von Milwaukee gewesen.

Trotz seiner etwas kauzigen Art und obwohl er offiziell gar kein Demokrat war, war sein Aufstieg nicht ganz so singulär und aus dem Nichts, wie man meinen mochte. *Sanders*, Jahrzehnte eher eine Randfigur auf der politischen Bühne, war vor allem nach der Finanzkrise unter progressiven Aktivisten extrem populär geworden – auch unter solchen, die die amerikanische Politik ansonsten für uniform und ohne echte Alternativen hielten – da er scharf gegen die Finanzindustrie polemisierte und auf eine Art und Weise kapitalismuskritisch war, wie es in der Post New Deal-Ära in der Partei nicht mehr vorgekommen war. Er war aber nicht der Einzige, der das Thema wachsender sozialer Ungleichheit auf seine Fahnen geschrieben hatte. Da war vor allem *Elisabeth Warren*, die Senatorin von Massachusetts, die allerdings allen Lockrufen widerstand und nicht antrat; hätte sie sich anders entschieden, wäre es vielleicht noch enger geworden für *Clinton*. Aber auch die anderen unter den „rising stars“ der Partei, wie etwa der New Yorker Bürgermeister *Bill de Blasio*, standen für einen dezidiert links-progressiven Kurs.

Establishment vs. Herausforderer – das war eben nur die eine Konfliktachse dieses Vorwahlkampfes. Anders als bei den Republikanern, wo die Erzählung „Populismus vs. Establishment“ alle Programmatik verschluckte, gab es hier eine eindeutige ideologische Konfrontation zwischen der Zentristin *Clinton* und dem demokratischen Sozialisten *Sanders*. Und es war eher *Sanders*, dem daran gelegen war, die Vorwahl in dieser Art zu inszenieren. Politisch war die gesamte Partei in den *Obama*-Jahren²³ nach links gerückt, so wie im Übrigen vieles dafür sprach, dass sich das politische Koordinatensystem der USA insgesamt nach links verschoben hatte: In einem Land, in dem historisch fast alle politischen Akteure das Wort „Sozialismus“ gescheut hatten wie der Teufel das Weihwasser, äußerte im Jahr 2016 eine Mehrheit der unter 30-Jährigen laut einer Umfrage eine positive Meinung über den Sozialismus.²⁴ Es waren auch solche Befunde, die bei *Sanders* und seinen Anhängern die Hoffnung schürten, tatsächlich das Mandat für eine völlig neue Reformpolitik zu erlangen.

So setzte *Sanders* die Themen des Wahlkampfes – höhere Steuern für Wohlhabende, Abschaffung von Studiengebühren, Ausweitung des Systems staatlicher Krankenversiche-

23 Zur Bilanz der Präsidentschaft *Barack Obamas* vgl. den Beitrag von *Patrick Horst* in diesem Heft der ZParl.

24 Vgl. *Emily Ekins*, Millennials Like Socialism – Until They Get Jobs, in: The Washington Post online vom 24. März 2016, https://www.washingtonpost.com/news/in-theory/wp/2016/03/24/millennials-like-socialism-until-they-get-jobs/?utm_term=.f259a32c8a5f (Abruf am 25. Mai 2017).

rung und *Clinton* versuchte so gut wie eben möglich, dem Kandidaten durch weites Entgegenkommen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die programmatischen Unterschiede so weit wie möglich einzuebnen und ihrerseits stark auf klassisch linke Themen zu setzen – während sie gleichzeitig einige der Vorschläge ihres Konkurrenten zwar für wünschenswert, aber kaum finanzierbar bezeichnete.²⁵ Insgesamt blieb *Clinton* auch bei aller Kritik eine Anhängerin der Globalisierung – und, was später noch eine Rolle spielen sollte, des globalen Freihandels.

Dennoch waren die Unterschiede zwischen *Clinton* und *Sanders* bei konkreten Politik-Vorschlägen aufgrund der erfolgreichen Anpassungsstrategie der früheren First Lady doch kleiner, als man vielleicht hätte annehmen können. Mit dem Wissen um den Ausgang der späteren Hauptwahl zwischen *Clinton* und *Trump* allerdings fällt stärker ins Auge, dass die beiden Kandidaten durchaus einen alten Grundkonflikt innerhalb des amerikanischen Mitte-Links-Lagers verkörperten: jener zwischen klassischer linker Umverteilungspolitik (*Sanders*) und der „identity politics“ (*Clinton*), die letztlich seit den 1970er Jahren viel stärker die Richtung der Partei bestimmt hatte.²⁶ Viele meinten, dass es sich um einen Scheinkonflikt handele und es in Wahrheit keinen Widerspruch gebe zwischen dem Ziel, benachteiligte Minderheiten zu fördern und zu schützen und gleichzeitig die soziale Frage neu zu stellen, da beides faktisch zusammengehöre; und natürlich bedienten beide Kandidaten beide Felder. Dennoch konnte man bisweilen den Eindruck haben – und das warf einen Schatten auf *Hillary Clintons* spätere Probleme mit der „white working class“ –, dass die Akzente unterschiedlich gesetzt wurden. Bei einer Veranstaltung in Nevada bezeichnete sie *Sanders* als „one-issue-candidate“ und stellte die Frage: „If we broke up the big banks tomorrow, would that end racism? Would that end sexism? Would that end discrimination against the L.G.B.T. community? Would that make people feel more welcoming to immigrants overnight?“²⁷

Clinton ging als haushohe Favoritin ins Feld. Das lag nicht nur daran, dass sie die meisten „endorsements“ – die in den USA wichtigen öffentlichen Unterstützungsaufrufe – anderer prominenter Demokraten erhalten hatte und zu diesem Zeitpunkt auch jedermann davon ausging, dass sie am meisten Geld in der „Kriegskasse“ haben würde, sie also nach der Theorie von „The Party Decides“ als unschlagbar galt. Sie schien auch deswegen schwer zu besiegen, weil die Demokraten ein anderes Nominierungssystem als die Republikaner beschlossen hatten: Neben den über 4.000 Delegierten, die in den Vorwahlen ermittelt wurden, gab es 716 so genannte „super-delegates“²⁸, größtenteils Parteifunktionäre und

25 Vgl. *Dan Merica*, Clinton Casts Sanders as ‘Pie in the Sky’ in Wisconsin, in: CNN online vom 30. März 2016, <http://www.cnn.com/2016/03/29/politics/hillary-clinton-bernie-sanders-wisconsin/> (Abruf am 25. Mai 2017).

26 Vgl. *Andrew Hartman*, *A War for the Soul of America. A History of the Culture Wars*, Chicago 2015.

27 Vgl. *Nicholas Confessore* / *Yamiche Alcindor*, Hillary Clinton, Shifting Line of Attack, Paints Bernie Sanders as a One-Issue Candidate, in: The New York Times online vom 13. Februar 2016, <https://www.nytimes.com/2016/02/14/us/politics/hillary-clinton-shifting-line-of-attack-paints-bernie-sanders-as-a-one-issue-candidate.html> (Abruf am 25. Mai 2017).

28 Das System der Super-Delegates wurde 1982 eingeführt und sollte als Korrektiv wirken gegen die Ausweitung innerparteilicher Vorwahlen, durch die seit 1972 die Macht der Parteiführung weitgehend gebrochen schien: auf diese Weise wollte sich insbesondere das Democratic National Committee (DNC), die nationale Organisation der Demokratischen Partei, einen Teil der Kontrolle über den Nominierungsprozess zurückholen.

gewählte Mandatsträger. Dieser Umstand war eine von vielen Irritationen, die den Unmut progressiver Parteiaktivisten gegen die „Establishment-Kandidatin“ *Hillary Clinton* befeuern sollte.

Obwohl sie sich durchsetzte, gingen die Vorwahlen sehr viel knapper aus, als zuvor gedacht. *Sanders* glich *Clintons* Vorteile aus, indem er eine schlagkräftige, imposante Graswurzelbewegung hinter sich versammelte. Selbst finanziell konnte er aufgrund der Vielzahl individueller Kleinspender mit seiner Konkurrentin mithalten. Tatsächlich erinnerte der Kult um seine Person in manchem an den Enthusiasmus, der ein paar Jahre zuvor die Kampagne *Barack Obamas* begleitet hatte, oder auch, der Intensität nach, an die Jahrmarktstimmung bei den Veranstaltungen *Donald Trumps*. In einem waren sich *Sanders* und *Trump*s Kampagne wohl sogar ähnlicher als *Obama* 2008: Die Wut auf die herrschenden Verhältnisse, wenngleich ganz anders thematisiert, war 2016 in beiden Fällen mit den Händen zu greifen.

Schon die erste Vorwahl in Iowa am 1. Februar 2016 ging sehr viel enger aus als von vielen erwartet: *Clinton* setzte sich nur knapp durch. Eine Woche später in New Hampshire, der zweiten Primary, siegte dann *Sanders*, und zwar äußerst deutlich. Ein wenig gab seine Stärke dort die Richtung vor; er punktete vor allem dort, wo die Bevölkerung ethnisch relativ homogen war – nämlich ganz überwiegend weiß. Bei der vierten Vorwahl des Wettbewerbs, in South Carolina am 27. Februar, traten seine Defizite in anderen demographischen Gruppen offen zu Tage: Dort gewann *Clinton* mit 73 Prozent der Stimmen, und unter Schwarzen holte sie sogar mehr Stimmen als *Obama* bei der Vorwahl 2008 (90 zu 80 Prozent).²⁹ Auch bei anderen ethnischen Minderheiten war *Clinton* erfolgreicher. Im Süden der USA gewann sie jeden einzelnen Staat, während *Sanders* vor allem im Mittleren Westen und an der liberalen Westküste (mit der Ausnahme Kaliforniens) dominierte.

Die Dramaturgie des Wahlkampfes war speziell. *Hillary Clinton* gewann vor allem viele der Staaten, die an einem der vier geballten Super-Wahlstage wählten: am 1. und am 15. März, am 26. April und am 7. Juni 2016. Darunter waren oft die bevölkerungsreichen Staaten wie Texas, Kalifornien und New York. Nach jedem dieser Siege schien das Momentum klar auf ihrer Seite. Doch weil *Bernie Sanders* dazwischen immer Teilerfolge erzielen konnte und in vielen Staaten die Delegiertenstimmen proportional verteilt wurden, zog sich ein Wahlkampf, der eigentlich früh hätte entschieden werden sollen, lange hin. Endgültig geschlagen gab sich *Sanders* erst nach den Vorwahlen am 7. Juni, als *Clinton* unter anderem in Kalifornien – dem wohl am härtesten umkämpften Bundesstaat – und in New Jersey gewann. Sie hatte nicht nur die meisten Delegiertenstimmen bekommen, sondern auch in absoluten Zahlen gegen *Sanders* gesiegt (*Clinton* hatte fast 17 Millionen Stimmen erhalten, *Sanders* knapp über 13 Millionen). Am Ende brauchte *Hillary Clinton* keine Super-Delegierten, um sich die Nominierung zu sichern.

Dass *Sanders* besser bei weißen Amerikanern abschnitt, *Clinton* hingegen bei Minderheiten, wurde bereits betont. Aber auch in anderer Hinsicht unterschied sich das Profil ihrer Wählerschaften recht deutlich: *Sanders*-Wähler waren deutlich jünger (bei den 18- bis 29-Jährigen lag er mit 70 Prozent vorn), und unter ihnen waren weitaus mehr, die sich als „Independents“, nicht als „Demokraten“ bezeichneten. Dafür war – wenig überraschend –

29 Vgl. Gary Langer / Gregory Holyk / Chad Kiewiet de Jonge, Black Voters Boost Hillary Clinton to South Carolina Primary Win, in: ABC News vom 27. Februar 2016, <http://abcnews.go.com/Politics/live-south-carolina-democratic-primary-exit-poll-analysis/story?id=37241467> (Abruf am 25. Mai 2017).

die Anzahl derer sehr hoch, die sich als „very liberal“ einschätzten (nach Sozialismus wurde in diesen Umfragen nicht gefragt). Trotz des medial vermittelten Bildes, dass *Sanders'* Bewegung aus überdurchschnittlich vielen College-Studenten bestand, lagen er und *Clinton* bei Amerikanern mit besonders hohen Bildungsabschlüssen beinahe gleich auf. Dafür führte sie eindeutig bei Wählern, die nur einen High-School-Abschluss besaßen. Bei den Einkommen schnitt *Clinton* in allen Gruppen am besten ab.³⁰ Letzten Endes war *Sanders'* Koalition nicht breit genug, und die Tatsache, dass es ihm wohl tatsächlich gelungen war, neue Wähler zu mobilisieren (folgerichtig war die Wahlbeteiligung die zweithöchste nach 2008³¹), die zuvor nicht in demokratischen Primaries aktiv gewesen waren, wog nicht seine Defizite bei der sehr traditionellen Wählerbasis der Partei auf. So gesehen galt für *Clinton* eben doch, dass die Partei entschieden hatte.

Nachdem er seine Niederlage eingeräumt hatte, rief *Sanders* zur Unterstützung seiner Konkurrentin in der Hauptwahl auf. Das Gefühl seiner Anhänger, für all die Anstrengungen nicht den gerechten Lohn erhalten zu haben, verstärkte sich indes erheblich am 22. Juli 2016, und damit nur drei Tage vor dem Demokratischen Nominierungsparteitag in Philadelphia: Es tauchten gehackte E-Mails von Mitarbeitern des „Democratic National Committee“ auf Wikileaks auf. Aus ihnen ging sehr klar hervor, dass die Parteiführung mehrfach und bisweilen in perfider Weise die eigene Neutralität verletzt und versucht hatte, die Vorwahlen im Sinne *Clintons* zu beeinflussen.

Sanders änderte seinen Unterstützungskurs nicht mehr, aber für manche seiner Anhänger verfestigte sich der Eindruck, dass *Clinton* Teil einer manipulativen Parteimaschine war. Zwar gaben selbst unmittelbar nach Wikileaks noch immer 90 Prozent der *Sanders*-Wähler an, in der Vorwahl für *Clinton* zu stimmen.³² Aber es war kein gutes Omen, dass der bis dahin am höchsten mobilisierte Teil des progressiven Lagers danach die Wahl erst recht nur noch als Entscheidung für ein kleineres oder größeres Übel empfand. *Clinton* hatte gewonnen; aber im Wettstreit mit *Sanders* hatte sich jenes Establishment-Image von ihr verstärkt, das *Trump* in der Hauptwahl entschlossen ausnutzen sollte. Es gibt Primaries, die mobilisierend wirken – und andere, die das Gegenteil bewirken. Die Vorwahl der Demokraten 2016 war ein solcher Fall.

5. Die Stunde der Populisten? Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Dynamiken von Republikanern und Demokraten bei den Präsidentschaftsvorwahlen 2016

Bei den Demokraten verliefen die Dinge am Ende nicht so umstürzlerisch wie bei den Republikanern: Es setzte sich die Kandidatin des Establishments durch, die aufgrund ihrer starken Vernetzung mit den verschiedenen für die Partei wichtigen Wählerkoalitionen den Vormarsch des Außenseiters zu stoppen vermochte. Anders bei *Trump*; sein Aufstieg signa-

30 Alle Zahlen sind zugänglich bei Aaron Zitner / Dante Chinni / Brian McGill, How Clinton Won, in: The Wall Street Journal online vom 8. Juni 2016, <http://graphics.wsj.com/elections/2016/how-clinton-won/> (Abruf am 25. Mai 2017).

31 Vgl. Drew DeSilver, Turnout Was High in the 2016 Primary Season, But Just Short of 2008 Record, in: Pew Research Center vom 10. Juni 2016, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/06/10/turnout-was-high-in-the-2016-primary-season-but-just-short-of-2008-record/> (Abruf am 25. Mai 2017).

32 Vgl. Aaron Zitner / Dante Chinni / Brian McGill, a.a.O. (Fn. 30).

lisierte, wie vieles brüchig geworden war: die Kontrolle über die Meinungsbildung durch den konservativen Medien-Komplex; die Macht der Großspender; schließlich und vor allem auch die Elemente aller konservativen Ideologien, wie sie seit den 1960er Jahren die Partei fest im Griff und für Kandidaten hohen Verpflichtungscharakter besessen hatten. Nichts davon konnte *Trump* stoppen. Dennoch bleibt eines wahr: Als Figur bleibt er gewiss singulär, und man wird abwarten müssen, ob andere wiederholen können, was er vorerzählt hat.

Bei aller Verschiedenheit des Ergebnisses durchzog ein gemeinsamer Interpretationsstrang die Vorwahlen beider Parteien. Kein Begriff schien so häufig zu fallen und so viel Erklärungskraft zu besitzen für die Präsidentschaftsvorwahlen 2016 wie jener des „Populismus“. Schließlich war für jedermann offensichtlich, dass in diesem Jahr in beiden Parteien die Stunde jener schlug, die im Namen des Volkes („the people“) gegen das so genannte Establishment ihrer Parteien antraten. Und wenn auch nur der populistische Kreuzzug des einen, *Donald Trump*, am Ende zum Ziel führte, kann auch *Bernie Sanders'* Kampagne als Beleg einer erfolgreichen innerparteilichen populistischen Sammlung gelten. So allumfassend und groß war die mit Händen zu greifende Frustration und Unzufriedenheit, ja die Wut vieler Wähler, dass die ideologischen Unterschiede zwischen *Trump* und *Sanders* manchen in der Gesamtbetrachtung fast schon vernachlässigenswert erschienen. Zwischenzeitlich zirkulierte einmal gar die Vorstellung eines recht eigentümlichen Wählertypus – der *Trump-Sanders*-Wähler, die eher für einen der beiden populistischen Herausforderer gestimmt hätten denn für das so genannte Establishment der eigenen Partei.

Das war allerdings eine ziemlich abwegige Vorstellung. Der Anteil der *Sanders*-Unterstützer, der bereit war, vom kauzigen, sozialistischen Senator von Vermont auf die Seite des New Yorkers Immobilientycoons überzuwechseln, war in Wahrheit nicht besonders groß, was zeigt, als wie unbrauchbar sich das Wort Populismus herausstellen kann, wenn es darum geht, politische Standorte, Einstellungen und Orientierungen zu vermessen.³³ Insbesondere der harte Kern der jeweiligen Anhängerschaften von *Trump* und *Sanders* lebte buchstäblich in ganz anderen Welten – soziodemographisch, mental, ideologisch. So gab es dann am Wahltag auch keine Brücke, über die die meist jungen und oft gut ausgebildeten *Sanders*-Wähler zu *Trump* hätten gehen können.

Nun ist es eine Binsenweisheit, dass Populismus eben keine Ideologie ist – und wenn, dann allenfalls eine „dünne“³⁴ –, sondern eine Mentalität oder Strategie, die aufgrund ihrer

33 Ganz präzise Zahlen liegen hierfür nicht vor, vor allem keine zuverlässigen Exit-Polls. Allgemein wird davon ausgegangen, dass über 90 Prozent der *Sanders*-Wähler für *Clinton* gestimmt haben. Dass unter denen, die dies nicht taten, die meisten der Wahl eher ganz fernblieben, liegt nahe, lässt sich jedoch nicht mit Sicherheit sagen; vgl. „*Sanders Voters Back Clinton with Varied Levels of Enthusiasm*“, in: *Chicago Tribune* online vom 7. November 2016, <http://www.chicagotribune.com/news/nationworld/politics/ct-sanders-voters-back-clinton-20161107-story.html> (Abruf am 25. Mai 2017).

34 *Ben Stanley*, *The Thin Ideology of Populism*, in: *Journal of Political Ideologies*, 13. Jg. (2008), H. 1, S. 95 – 110. Zur deutschsprachigen Literatur vgl. *Karin Priester*, Wesensmerkmale des Populismus, in: *APuZ*, 62. Jg. (2012), H. 5/6, S. 3 – 9; *Paul Lucardie*, Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen, in: *Friso Wielenga / Florian Hartleb* (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster u.a. 2011, S. 17 – 37; *Frank Decker*, Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: *ders.* (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 9 – 32.

Deutungsoffenheit von weltanschaulich ganz unterschiedlichen Politikern und Parteien genutzt werden kann. Insofern spräche nichts gegen die Interpretation, dass es in beiden Parteien zu einer Mobilisierung eines jeweils rechten und linken Populismus gekommen ist – dabei jedoch verschiedene Wählersegmente angesprochen wurden.

Aber die Unterschiede sind eben doch sehr markant. In *Sanders* Kampagne kulminierte im Grunde die ideologische Radikalisierung der Demokratischen Partei. Dabei mag das Wort Radikalisierung hart klingen, und die meisten Beobachter reservieren es eher für die Gegenseite. Aber man kann es ja ganz richtig finden, „radikal“ gegen die wachsenden sozialen Ungleichheiten im Land vorgehen zu wollen, und es trotzdem für ebenso bemerkenswert halten, dass ein Mann fast zum Präsidentschaftskandidaten einer der beiden großen US-Parteien geworden wäre, für den mindestens das Modell des skandinavischen Wohlfahrtsstaates das Vorbild für die Reform der urkapitalistischen USA abgibt. Und unter dem Druck von *Sanders* ist auch *Clinton* weit nach links gerückt.

Nur ist die entscheidende Frage: War das überhaupt Populismus? *Sanders* prangerte die Banken an, die Finanzindustrie, das System von Großspenden in der Politik – aber das alles steht im Grunde noch in der Tradition klassisch linker Politik. Natürlich kann auch diese populistisch sein, wie in Lateinamerika bei *Hugo Chavez* und *Evo Morales* oder wie bei der spanischen Podemos-Bewegung. Aber *Sanders* fehlten jene Elemente, die den Populismus jenseits seiner ideologischen Unterschiede eint. Er zeigte keine generelle Skepsis gegenüber repräsentativen Formen der Demokratie; und da er tatsächlich in der Kategorie von Klassen und Schichten dachte, wurde auch kein homogener Volkskörper imaginiert, der einer Kaste von korrupten politischen Eliten gegenüberstünde. *Sanders* war einfach ein, nach europäischen Maßstäben, sehr linker Sozialdemokrat, der sich traute, die Frage einer gerechten Wirtschaftsordnung radikal zu stellen. Vielleicht wurde er als Populist bezeichnet, weil dieser Typus auch in Westeuropa kaum noch existent ist und daher die Vergleichsmaßstäbe fehlten.

Es war *Donald Trump*, der beinahe auf der gesamten Klaviatur des Populismus spielte, sieht man einmal davon ab, dass er in der ersten Phase des Wahlkampfes erstaunlich viel von sich selbst und wenig vom „Volk“ („the people“) sprach.³⁵ Aber sonst war alles vorhanden: die extreme Personalisierung, der Tabubruch als Methode, das Verschwörungsdenken, der Anti-Intellectualismus und – als Spezifikum des Rechts-Populismus – die Konzentration auf einen aggressiven Ethno-Nationalismus bei gleichzeitiger Flexibilität auf vielen anderen Politikfeldern. Während *Sanders* eine kohärente Zukunftsvision entwarf, stand *Trump* für das, was der britische Politologe *Paul Taggart* einmal als das „leere Herz“³⁶ des Populismus bezeichnet hat: die Leere im Inneren einer Bewegung, deren Wut sich im Heute entlädt, und die wenig darüber verrät, was morgen zu tun ist. So setzte sich der authentischere Populist durch und schaffte es damit sogar am Ende bis ganz ins Weiße Haus.

35 Vgl. *Cas Mudde*, The Power of Populism? Not Really!, in: The Huffington Post vom 13. Februar 2017, http://www.huffingtonpost.com/cas-mudde/the-power-of-populism-not_b_9226736.html (Abruf am 25. Mai 2017).

36 *Paul Taggart*, Populism, Buckingham 2000, S. 4.